

# **VON DEN STÄNDEVERSAMMLUNGEN BIS ZU DEN MODERNEN PARLAMENTEN**

**Studien über die Geschichte des ungarischen  
Parlaments**

**Herausgeber**

**DR. GÁBOR MÁTHÉ  
DR. BARNA MEZEY**

**Barcelona-Budapest 2003.**

Eötvös-Loránd-Universität  
Juristische Fakultät  
Budapest

\* □

International Commission for the History of Representative and Parliamentary  
Institutions

STUDIES PRESENTED TO THE INTERNATIONAL COMMISSION FOR THE HISTORY  
OF REPRESENTATIVE AND PARLIAMENTARY INSTITUTIONS  
Volume LXXXI



Az ELTE Állam- és Jogtudományi Kar  
tudományos kiadványa  
Bibliotheca Iuridica  
Acta Congressuum 12

ISSN 1587-8821  
ISBN 963 463 669 1

© Barna Mezey, Gábor Máthé (Hrsg.)  
© Elemér Balogh, Mária Homoki-Nagy, Gábor Máthé, Barna Mezey, Lajos Rácz, Mihály T.  
Révész, József Ruszoly, István Stipta, István Szabó, Zoltán Sente  
Levente Völgyesi

# INHALT

## **RÉVÉSZ, T. MIHÁLY:**

Vorwort

## **BALOGH, ELEMÉR:**

Strafgesetzentwürfe als Ergebnisse der Kodifikationstätigkeit  
deputationum regnicolarum (1790–1830)

## **MÁRIA, HOMOKI-NAGY:**

Das Schicksal der zivilrechtlichen Gesetzesentwürfe  
der Landtage während des Reformzeitalters

## **MÁTHÉ, GÁBOR:**

Nationalversammlung und Rechtsgebung (1944-1949)

## **MEZEY, BARNA:**

Die Ständeversammlungen von Ferenc Rákóczi II. in Siebenbürgen

## **RÁCZ, LAJOS:**

Instruments of Governments: Royal Council and National  
Assembly during Middle Ages in Hungary

## **RÉVÉSZ, T. MIHÁLY:**

Das Parlament und die Finanzielle Kontrolle nach dem Ausgleich  
In Ungarn

## **RUSZOLY, JÓZSEF:**

Zensus und Gesellschaft Zur Frage qualificatio in den ungarischen  
parlamentarischen Wahlgesetzen von 1848

## **STIPTA, ISTVÁN:**

Die Verfassungskonzeption von Lajos Kossuth aus dem Jahre 1859,  
mit besonderer Hinsicht auf den Parlamentarismus

## **SZABÓ, ISTVÁN:**

Die Auflösung des Parlaments in der Verfassungsentwicklung Ungarns  
in der Zeit nach 1848

## **SZENTE, ZOLTÁN:**

Ständige (oder Fach-) Ausschüsse im ungarischen Öffentlichen Recht von  
den Anfängen bis 1990

## **VÖLGYESI, LEVENTE:**

Historische Hintergründe der Arbeit des ungarischen Landtags  
außerhalb der Plenarsitzungen

## Die Verfassungskonzeption von Lajos Kossuth aus dem Jahre 1859, mit besonderer Hinsicht auf den Parlamentarismus

Alle bedeutenden Historiker, die sich mit dem Lebenswerk von Lajos Kossuth beschäftigt hatten, stellten ihren Standpunkt über Kossuth's Verfassung „Kútahya“ aus dem Jahre 1851 dar.<sup>1</sup> Klar steht vor uns die außenpolitische Veranlassung der Vorstellung, das Wesen der neuen Konzeption von Kossuth über die Lösung der Nationalitätenfrage, ist der Nachklang des Planes seiner Zeit auf der Spur zu folgen. Nach György Spira wurde es im Druck ausgegeben und die Chronologie der Entstehung der Textvariationen, die in Handschrift bekannt wurden und die reichste Version aus dem Jahre 1859 stehen uns auch zur Verfügung.<sup>2</sup> Aber bis heute fehlt die Verfassungsgeschichtliche Analyse dieses bedeutenden Dokuments. Der Plan „auf den zukünftigen politischen Verfassung“ unseres Landes – wie es auch im Titel gezeigt wird – war mit besonderer Hinsicht auf die Lösung der Nationalitätenfrage, aber außerordentlich bedeutend sind auch seine davon abstrahierbaren und davon unabhängigen selbständigen Motive. Im Werk verschärfte sich eine eigenartige Staatskonzeption, die teils auf die traditionellen Elemente der Auffassung von Kossuth, teils auf die neuerlichen Verfassungspraxis gebaut wurden.

Im Folgenden analysiere ich die Textversion aus dem Jahre 1859 nach dem bis her zurückgesetzten Gesichtspunkt. Mit der gründlichen Analyse würde ich mich erst später beschäftigen, würde ich jetzt eine Antwort suchen, in welchem Maße der Teil in unserem innerlichen Staatsaufbau des Planes mit den zeitgenössischen Verfassungs- und Parlamentarismusvorstellungen und Instituten gleicht, ferner in welchem Maße er die öffentlich-rechtlichen Traditionen unserer Nationalentwicklung beachtet.

Vor allem soll eine terminologische Bemerkung festgestellt werden. Lajos Kossuth zählte sich zu den seltensten Politikern, der die rechtlichen Kategorien unserem Sinne entsprechend benutzte, nicht nur von grammatischen oder alltäglichen Bedeutungen ausgehend. Beim dessen Licht kann es wichtig sein, dass er selbst seine Gesetzentwürfe nicht für eine Verfassung im öffentlich-rechtlichen Sinne betrachtete, im Titel seiner Textvariante handelte es sich um Grundprinzipien, Grundtendenzen, landesstrukturelle Vorschläge einer staatlichen, politischen Einrichtung, höchstens um Verfassungsgrundprinzipien. In seinem erwähnten Werk dürften die strukturelle Aufteilung, die inhaltliche Gliederung, geschlossene steife Konzeptweise der Verfassungen dieser Zeit nicht gesucht und um formale Präzision von seinen Esseigedanken gebeten werden.

<sup>1</sup> *Irdányi*, Daniel-Charles-Luis *Chassin*: *Historie politique de la révolution de Hongrie 1847-1849*. I. Paris, 1859. S. 390-398.; *Dominique*, *Kosáry*: *Le projet de Kossuth de 1851 concernant la question des nationalités*. *Revue d'histoire comparée* 1943. S. 522-534.; *Joachim*, *Kühl*: *Föderationspläne im Donauraum und Ostmitteleuropa*. München, 1958. S. 20-24.; *Dionys*, *Jánossy*: *Die Geheimplane Kossuth's für einen zweiten Befreiungsfeldzug in Ungarn 1849-1854*. *Gróf Klebelsberg Kunó Magyar Történetkutató Intézet Évkönyve VI*. Budapest., 1936. S. 238-239.; *Szabad*, György: *Kossuth politikai pályája ismert és ismeretlen megnyilatkozásai tükrében* (Die politische Laufbahn Kossuth's im Spiegel seiner bekannten und unbekannten Äußerungen), Budapest, 1977. S. 123.; *Spira*, György: *Jöttányit se a negyvennyolcból* (Nicht ein Jota von Achtundvierzig), Budapest, 1989. S. 19.

<sup>2</sup> *Spira*, György: *Kossuth és alkotmányterve* (Kossuth und sein Verfassungsplan). Debrecen, 1989. S. 49-82.

Aus seinen Zeilen kommt es nicht eindeutig vor, ob er unsere Verfassung in gutem Sinne auf englischer Art, als historisches Grundgesetz oder nach der amerikanischen und französischen Praxis – zusammengefasst in einem Dokument – vorstellte. Er ging auf solche Details nicht ein, die unbedingt nach dem Sinn der Zeitgenossen in der Regelungskreis der Verfassung fielen, stellte er Alternative different von der Konstruktionsart auf, er gebrauchte anzügliche Aufzählung, die eine Taxation beanspruchen. Die Vorschlagskonstruktion des Jahres 1859 folgte der traditionellen Aufzählung der Grundgesetze nicht. Er beschäftigte sich – außergewöhnlich von den formellen Verfassungsplänen von Hajnóczy, Martinovics, Berzeviczy und Táncsics und von den Verfassungen der Epoche – mit den Rechten der Person, der Familie, der Gemeinde und des Komitats und mit derer Selbstverwaltung, und erst später erörterte er die Fragen der Gesetzgebung und Exekutivtätigkeit. In dessen Rahmen, also im Kreise der Exekutive analysierte er die Rechtspflege, die übereinstimmend mit der Theorie von Montesquieu und nach dem Beispiel der Grundgesetze der USA und in selbständigem Kapitel der zeitgenössischen Verfassung geregelt wurde. Die innere Gliederung des Werks von Kossuth, die den Prinzipien der Verfassungseinrichtung folgt, gibt sich nicht Verfassungskonstruktion, sondern nach der Logik der Lösung in der Nationalitätenfrage.<sup>3</sup>

## Über die Verfassungsgrundprinzipien

Diese Eigenart äußert sich als erster Untersuchungsstoff, in der Frage der Verfassungsgrundprinzipien. An der Spitze der grundsätzlichen Anforderungen wie er schrieb, als Hauptprinzip – was den Staat betrifft, steht die Volkssouveränität. Damit folgte Kossuth der Gedanken der amerikanischen, Jakobiner und französischen Verfassung aus dem Jahre 1848, gedenkend der französischen Verfassung benutzte er den Ausdruck „allgemeines Wahlrecht“, als die allbekannte Garantie der Volksmacht. Das allgemeine Wahlrecht, unter dem das Stimmenrecht ohne Zensus, was die erwachsenen Männer betrifft, zu verstehen ist, das in dieser Zeitepoche noch eine seltene Erscheinung war. Darauf hinweisend schrieb Kossuth in einer seiner Textvarianten, dass seine Konzeption demokratischer als die USA-Verfassung ist. Ein Vorwärtsweisendes Motiv seines geplanten Wahlsystems ist das, dass er keinen Unterschied unter dem Landes-, mittelstufes und örtliches Wahlrecht machte, wollte er es mit Landeseinheitlichkeit verwirklichen.<sup>4</sup>

Ein anderes, was die Staatseinrichtung betrifft, - und das einzige, das es in keiner zeitgenössischen Verfassung gibt – Prinzip war die Anforderung der Selbstverwaltung. Das bedeutete im Wortgebrauch von Kossuth vor allem eine Landesselbstbestimmung, eine Unabhängigkeit. Demnach umfasste es auch eine Autonomie auf der Ebene der Person, der Familie, des Ortes und des Gebietes, sicherte es auch die Möglichkeit der Unverletzbarkeit. In

<sup>3</sup> Kistelevi, Károly: Regulation at the Legal Institution of Hungarian Nationality from the beginnings to act L. of 1879. *ELTE Annales. Sectio iuridica*. 2000. S. 42-56.; Ruszoly, József: Az 1849. július 28-i szegedi nemzetiségi törvény (határozat) létrejöttéhez (Zur Frage der Entstehung des Szegeder Nationalitätengesetzes (Beschlusses) vom 28. Juli 1849). In: *Jogtudományi Közöny*, Juli-August 1999. S. 285-292.

<sup>4</sup> Kajtar, István: Die europäische Rechtskultur im ungarischen Parlament des 19. Jahrhundert. In: Von den Ständeversammlungen bis zum parlamentarischen Regierungssystem in Ungarn. (Studien zur Parlamentarismusgeschichte) Herausgeber: Gábor, Máthé - Barna, Mezey. Budapest/Graz, 2001. S. 17-22.; Ruszoly, József: Újabb magyar alkotmánytörténet (Neuere ungarische Verfassungsgeschichte) 1848-1949. Válogatott tanulmányok [Ausgewählte Aufsätze] Püski, Budapest, 2001. S. 101-105.; Képes, György: Amerikai hatások Kossuth, valamint az 1848-49. évi forradalom és szabadságharc alkotmányjogi gondolkodásában. *Jogtudományi Közöny*. 1999/4. S. 159-163.; Máthé, Gábor: Das System der Machtteilung im ungarischen bürgerlichen Staat. In: *Gewaltentrennung in Europa*. 1993. S. 87-94.

den wissenschaftlichen Theorien der Epoche formte sich zu dieser Zeit das Anforderungssystem der Rechtsstaatlichkeit, dessen markante Charakterisierung, Garantie das Recht der Selbstverwaltung wurde.<sup>5</sup>

Sein Gedanke, die Forderung die Trennung des Staates und der Kirche, war ein halbes Jahrhundert früher seiner Zeit in der heimatlichen Wirklichkeit. Die Kirche – wie er schrieb – „ist eine solche Verbindung, die selbst ordnet und regiert“ – hat also nichts mit dem Staat, und auch der Staat hat nicht mit ihr.“

## Die Menschen- und Bürgerrechte

In seinen Zeilen über die Einzelrechte machte er keinen scharfen Unterschied unter dem Menschen – und Bürgerrecht. Von der bisherigen ungarischen Verfassungs-Auffassung meinte er anders, nämlich diese Rechte müssen selbst in der Verfassung ausgezählt werden, diese kann der Gesetzgeber nicht verändern und nicht abschaffen. Diese Vorstellung bedeutete eine Distanzierung von der – früher von sich selbst gelobten – englischen öffentlich-rechtlichen Institution, dort konnten ja Grundrechte durch Rechtsgewohnheit der Verfassung und Gemeinigesetz statuiert werden. An die Spitze des Reformplanes aus dem Jahre 1859 erwähnte Kossuth mit anzüglicher Aufzählung nur die Rechte, die er aus Nationalitätenhinsicht für prinzipielle Bedeutung hielt. Er schrieb über die Rechtsgleichheit, allgemeines Stimmrecht, über die Möglichkeit des Beschwerdeverfahrens gegen irgendwelchen Beamten für alle.<sup>6</sup>

Er erwähnte ähnlicherweise nach dem Muster der französischen Verfassung (II. Kapitel 8. Art.) die Freiheit des Gedankens und der Presse, wie es auf das Recht mit dem gleichen Inhalt, auf die Gewissens- und Glaubensfreiheit hin. Er bemerkte mit der Wortgebrauch der Deklaration der Menschen – und Bürgerrechte, dass „die Grenze dieser Freiheiten sind allein die Rechte der Unverletzbarkeit der Anderen.“<sup>7</sup>

Man kann im Besitz der historischen Verfahren sagen, dass dem Koalitionsrecht eine übermäßige Bedeutung in der Lösung der Nationalitätenfrage gegeben wurde. Eben zur Zeit seines Planes erster Variante wurden die Vereine durch das Bach-System unter politischer Kontrolle verboten. Trotzdem forderte Kossuth, die Bewohner mit anderer Muttersprache im Besitz dieses Rechtes eine eigene Selbstverwaltung gewinnen und „eine solche Struktur, die ihnen gefällt geben“ zu können. Verschieden von der schweizerischen und belgischen Verfassung, die eine territoriale Selbständigkeit und sprachliche Rechte sicherte, meinte er genügend, wenn die Nationalitäten, in der Diaspora im Land leben, „pro Gemeinde in

<sup>5</sup> Kajtár, István: Zentralisation und Dezentralisation in der Rechtsgeschichte der ungarischen Selbstverwaltungen. In: 19. Österreichischer Historikertag. Graz, 1992. Tagungsbericht. Veröffentlichungen des Verbandes Österreichischer Historiker und Geschichtsvereine 28. Wien 1993. P. 237-239.; Hungarian municipal governments (1848-1918) Annales Universitatis Scientiarum Budapestiensis de Rolando Eötvös Nominatae Sectio Iuridica, T. XXXIV. 1993. (Budapest, 1994.) S. 147-157.; Stipta, István: Eötvös József önkormányzatvédelem centralizmus (Der die Selbstverwaltungen schützende Zentralismus von József Eötvös), Napjaink XXVII/1988. No. 9, S. 4-5.

<sup>6</sup> Schweitzer, Gábor: A magyarországi zsidóság és az izraelita felekezet a XVIII-XIX. században. In: Egyháztörténet 2.: 1711-től napjainkig. Szerk.: Ladányi, Sándor [et al.] Budapest, 1998. S. 107-118.

<sup>7</sup> Révész, T. Mihály: Pressevergehen in ungarischem Recht der dualistischen Zeit. In: Verfassungsentwicklung. 2000. 63-70.; Herger, Csabáné: Tradition und Modernisierung in der Geschichte der Zivilehe in Ungarn. In: Kontinuitäten und Zäsuren in Europäischen Rechtsgeschichte, Rechtshistorische Reihe, Band 196, 1999. Frankfurt am Main. S. 275-282.; Homoki-Nagy, Mária: A szabad költözködési jog biztosítása Magyarországon. (Die Freizügigkeit der Erbüntertänigkeit in Ungarn) Acta Juridica et Politica Tom. LV. Fasc. 10. Szeged, 1999. S. 129-130.; Bódiné, Beliznai Kinga: [közreműködőként]: Strafrechtskodifikation im 18. und 19. Jahrhundert. Szerk.: Beliznai Kinga. Budapest, ELTE Állam- és Jogtudományi Kar, Magyar Állam- és Jogtörténeti Tanszék, 1997 /Jogtörténeti értekezések 21./ S. 186.

Gesellschaften stehen und Kreis-Vereine nach Vertretung bilden, die später Landesorgane bilden“. Er hoffte auf Nationalitäteninteresse ohne Landleute mit anderer Muttersprache territoriale Autonomie für sich zu beanspruchen.<sup>8</sup>

Die Lernen- und Lehrenfreiheit bekam auch einen Satz unter den Grundprinzipien der Verfassung von Kossuth. Die Richtungsangabe auf Details ging auch von den Nationalitäten-Bedürfnissen aus. Demnach muss alle Gemeinden eine Grundschule aufrechterhalten, wo die Unterrichtssprache von der Mehrheit bestimmt worden wäre. Die Minderheit, die Vereine, die Kirchengemeinden, sogar Privatpersonen könnten eine Schule gründen, und alle Bewohner hätten das Recht unter diesen Möglichkeiten wählen zu können. Die Komitate würden mittlere Lehranstalt gründen, von deren Unterrichtssprache die Komitatsversammlung entscheiden würde. Die Behörden könnten sich in die Tätigkeit der Institution für Erziehung nicht hineinmischen, die Gesetzgebung würde nur „ein Minimum im Unterrichtswesen“ für alle Bürger bestimmen.<sup>9</sup>

Die öffentlich-rechtliche Auffassung der Epoche ist fortschrittlich, wie Kossuth die Rechte der Minderheit sichern wollte. In den Gemeinden würde die Mehrheit über die offizielle Sprache entscheiden, aber für die Minderheit wollte er persönlich Rechtsanspruch darauf, dass der Beeinträchtigte seine Beschwerden, Anträge in seiner eigenen Sprache anbieten und sich vor dem Gericht seine Rechte in der Muttersprache verteidigen könnte. In den Komitatsversammlungen könnten alle in eigener Sprache sprechen, im Falle der Rechtsstreite muss für einen Dolmetscher gesorgt werden.

Unter menschlichen Verfassungsgrundrechten – wenn es mit dem Plan der zur gleichen Zeit entstandenen preußischen Verfassungsurkunde verglichen wird – fehlt es an Hinweis auf die Heiligkeit des Eigentums, die Wohnung, die Immunität des Briefgeheimnisses, allgemeine Steuerpflicht, die Freiheit der Auswanderung und die Kostenlosigkeit des öffentlichen Unterrichts.<sup>10</sup>

Der Plan beinhaltet die Aufzählung der persönlichen Sicherheit, der Freiheitsgarantie des Strafverfahrens nicht. Abgerechnet von den erwähnten Grundrechten und Berechtigung zum Waffentragen wird seine Vorstellung von der amerikanischen Bill of Rights Intuition gespiegelt. Diese Lösung ist ähnlich der angelsächsischen Verfassungsgebung auch in der Hinsicht, dass die staatsbürgerlichen Grundpflichte gesetzt nicht aufgezählt wurden, wurde nur auf die Wehrpflicht hingewiesen.

<sup>8</sup> Nagyné, Szegvári Katalin: Feministische und antifeministische Traditionen in Ungarn. Der Kampf um das Wahlrecht der Frauen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. *ELTE Annales. Sectio iuridica*. 1996. S. 51-63.; Rácz, Lajos: Historical insight in the theory and organization of the Hungarian State. In: *The Hungarian State. Thousand Years in Europe*. Szerk.: Gergely, András és Máthé, Gábor. Budapest, Korona Publishing House. 2000. S. 17-67.; Révész, T. Mihály: Freedom of the press and the papers of the nationalities in Hungary. 1867-1873. *ELTE Annales. Sectio iuridica*. tom. 31. 1990. S. 143-152.

<sup>9</sup> Horváth, Pál: Historische Rolle der Wissenschaftsfreiheit. *ELTE Annales. Sectio iuridica*. Tom. 36. 1997. S. 139-141.; La liberté de la culture et de la science dans la loi universelle des droits de l'homme. In: *Universitas Budensis*. 1395-1995. Szerk.: Szögi, László [et al.] Budapest, 1997. S. 431-436.

<sup>10</sup> Szabó, Béla: *Persönliches und Privateigentum in Theorie und Praxis der Nachkriegszeit bis zum Inkrafttreten des Ungarischen Zivilgesetzbuches (1959)* In: *Recht im Sozialismus. Analysen zur Normdurchsetzung in osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften (1944/45-1989)* Band 1. Enteignung. Ed. Gerd Bender – Ulrich Falk. (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte; 113) Vittorio Klostermann Frankfurt am Main. 1999. S. 37-55.; Ruszoly, József: Gesetze über die Enteignung in Ungarn, 1836-1944. *Acta juridica et politica*. Tom. 55. S. 310-315.; Béli, Gábor: Die ungarische Rechtsgeschichte seit den Anfängen bis zur Erscheinung der ersten sozialistischen Kodexe. (Kurzlehrbuch). Pécs, 1999. S. 80-93; Degré, Alajos: Vormundschaftsrecht in Ungarn 1848 bis 1878. In: *Die Entwicklung des Zivilrechts in Mitteleuropa*. Budapest, S. 450-455.



Aus verfassungsgeschichtlichem Gesichtspunkt, auch eine zeitgenössische Aktualität wird der Standpunkt der Gesetzgebungs-Organisation getragen. Kossuth stellte sich das Parlament als Zweikammerkörperschaft vor; die Bildungsweise und deren Wirkungskreis wurden mit unseren historischen Traditionen getrennt.<sup>11</sup>

Das Haus der Volksvertreter war schon bei der Ernennung eine Entfernung von der Tafelanschauung, die Bezeichnung „Senat“ zeigte dem belgischen und amerikanischen Beispiel. Die Zusammenstellung des Gesetzgebungskörperschaft nach amerikanischen Beispiels war die moderne Vereinigung des Volksvertretungs- und territorialen Grundsatzes. Die Wahl der Vertreter jedes dritte Jahr stellte er sich nach dem früher erwähnten allgemeinen Wahlrecht vor, die Anweisung ausgeschlossen. Ähnlich mit der französischen Verfassung aus dem Jahre 1848 – gebrochen mit den Standstraditionen – dachte er an die Vertretung der gewählten Delegierten, die das ganze Land vertreten. Keiner von den durch die Komitate gesandten Senatoren hätten die Direktiven von ihren gewählten Körperschaften annehmen können, aber in diesem Falle hielt er es für möglich, an den politischen Versammlungen der Komitatsorgane den Standpunkt zu umreißen, als eine Wegweisung den Vertretern mitzuteilen. Er schlug mit alten Argumenten das Recht der Komitate vor, Landesfragen zu besprechen. Diesen im Komitatsstreit von 1848 verteidigten Gedanken ergänzte er mit der Notwendigkeit der Stellungnahme in den Komitatssachen der Gemeinde. Neuartig ist seine Vorstellung von der Zurückrufung der Vertreter. Dieser Gedanke ist fremd von der zeitgenössischen und heutigen Übung der Vertretung. Anhand der Gesetzgebung ging es um die Amtsunvereinbarkeit. Nach seiner Ansicht können die Staatsmitglieder des Landes entweder als Vertreter noch als Senatoren nicht tätig sein. Diese unregelte Frage wollte er bei der bürgerlichen Umwandlung des Jahres 1848 nach den strengen englischen und den französischen Verfassungsvorschriften aus dem Jahre 1848, die noch mehrere Schranken aufstellte, regeln.<sup>12</sup>

Er wünschte die Verfassungsabtrennung vom Wirkungskreis der zwei Häuser. Seine bitteren Erfahrungen der Tätigkeit unserer Ständesammlungen konnten ihn zum Vorschlag der Verfassungsregelung der Gesetzgebung. Nach seiner Vorstellung würden das Motiv der Gesetzgebung alle solche Sachen und Interesse, die nicht „zu den Grundrechten der Personen-Familien-, Gemeinden – und Komitatselbstverwaltung gehören“.

Der Gesetzgebung entgegen würden diese Rechte durch ein Verfassungsgericht, wie Kossuth es nannte: „ein Verfassungswachstahl“ verteidigt werden. Von dieser – geträumten – Körperschaft würde vor der Veröffentlichung der Gesetze die Verfassungsmäßigkeit pflichtlich kontrolliert werden. Ihre Mitglieder würden durch den Senat auf Lebensdauer gewählt werden, ihre Richter könnten Funktion, die von einer Staatsernennung hängt, auch nicht trotz einer Absage tragen.<sup>13</sup>

<sup>11</sup> Máthé, Gábor [Ed.]: *Theorie und Institutionssystem der Gewaltentrennung in Europa. Mitteleuropäische Rechtshistorikerrunde. I. Konferenz. Veszprém, 15-18. September 1992.* Szerk.: Máthé, Gábor. Budapest, Budapest University Association – School of Public Administration, 1993. /Studies on public administration and law 4./ S. 341; Balogh, Elemér: *Die Dogmatik des materiellen Strafrechts.(Entwicklungsgeschichtlicher Überblick mit besonderer Hinsicht auf dem Gesetzesvorschlag 1843/44)* In: Die Entwicklung der österreichisch-ungarischen Strafrechtskodifikation im 19–20. Jahrhundert, Budapest-Wien 1996. S. 181-201.

<sup>12</sup> Sipta, István: Der Kampf von Lajos Kossuth für das Selbstverwaltungssystem im Jahre 1848. In.: Von dem Vormärz bis zum 20. Jahrhundert. Tradition und Erneuerung in der ungarischen Rechtsentwicklung. Studien zu den Reformen in den 19-20. Jahrhunderten. Herausgeber Gábor Máthé, Barna Mezey. Würzburg-Budapest, 2002. 100-111.

<sup>13</sup> Gesamte Werke von Kossuth Lajos. Bd. XI. Budapest, 1951. S. 280-282.



Eine beachtenswerte Änderung geschah in der Sprachfrage im Verhältnis zu der früheren Auffassung. Dann war es schon möglich, die „Gesetzgebungsmitglieder in irgendwelcher Sprache der Landesbewohner an den Landesversammlungen reden zu können.“ Ähnlicher Weise mit der Mehrheit der kontinentalen Regelung empfahl er das demokratische Prinzip, – schrieb er, sonst würden die Volksvertreterstellungen und Senarorstellungen durch die Reichen monopolisiert werden.<sup>14</sup>

## Über die parlamentarische Regierung

Sein Standpunkt über die Exekutivgewalt bestimmte zwei Gesichtspunkte. Einerseits sollte die geplante Macht genug stark zur Vollstreckung der Gesetze sein, andererseits wollte er die Möglichkeit der Zentralregierung zur Verfassungsverletzung, zur Unterdrückung der Bürgerfreiheit vermeiden. Den rechtsstaatlichen Anforderungen entsprechend hielt er die gesetzliche Bestimmtheit der Exekutive und die Befestigung der Kompetenz-Volksvertretung für notwendig. Er sah Garantie gegen die Übermacht, wenn die Verwaltungsorgane von den Komitaten und Gemeinden gewählt werden.<sup>15</sup>

Seine Ansicht war allein stehend in dieser Hinsicht: keinem einzigen Staat bekamen die örtlichen und territorialen Selbstverwaltungen so ein unbeschränktes Recht auf dem Gebiet der Vollziehung. Auch Kossuth schrieb, dass das Gesetz durchgeführt werden muss, wünschte er doch gegen eventuelle Missbräuche allen Bürgern, Gemeinden, Komitaten und selbst der Gesetzgebung einen wirksamen Rechtsbehelf. Über die Aufsicht der Verpflichtungen auf die Gemeinden und Komitate durch die Verfassung und Gesetz hinweg würde er den zentralen Regierungsrechtskreis auf die Vollziehung nur derer Sachen ausbreiten, die aus Gesetzgebungshinsicht zum Wirkungskreis des Parlaments gehören.

Aus dem Verfassungsplan entfaltet sich ein eigenes Komitatsbild. In diesem Punkte bewahre Kossuth seinen Munizipalismus der Reformzeit und der Jahre 1847/1848.<sup>16</sup> Damals die Gruppe der Munizipalisten suchte keine ausländischen Vorbilder. Die Zentralisation in Frankreich setzten sie mit dem habsburgischen Absolutismus gleich, die Kontrolle der Regierung durch das Parlament betrachteten sie an sich als schwache verfassungsmäßige Garantie. Den Selbstverwaltungsorganen, vor allem den Komitaten dachten sie eine Rolle als "Verfassungswächter" zu, ihre Gesetzgebungs-, Rechtssprechungs- und Vollziehungsbefugnisse sollten noch erweitert werden. Da die englische Grafschaft keine

<sup>14</sup> Heka, László: A délszláv államok alkotmánytörténete. (Die Verfassungsgeschichte den Südslawischen Staaten) Szeged, 2002. S. 157.; Révész, László: Nationalitätenfrage und Wahlrecht in Ungarn 1848-1918. München, 1971. S. 78-80.

<sup>15</sup> Orbán, Balázs: Az 1884-87. évi Országgyűlés Képviselőházának Naplója (Tagebuch des Abgeordnetenhauses des Landtags von 1884-87), Bd. XI, Budapest 1886 P. 24. Der Abgeordnete zitierte die Worte Kossuths über die Selbstverwaltung: "Die Institutionen der Selbstverwaltung sind die wirksamsten Pflegestätten des Gemeingeistes, diese stellen eine Verbindung zwischen dem Staat und dem Individuum her, diese erziehen den Einzelnen zum selbstbewussten Bürger, sie erziehen die Völker zum praktischen Patriotismus, durch sie gelangt die konstitutionelle Freiheit zu den Hausherden der Bürger. Nur die Institutionen der Selbstverwaltungen vermögen die Luft mit dem die Nation belebenden Hauch des Gemeingeistes zu erfüllen." ; Mezey, Barna: Die Ausgestaltung des parlamentarischen Regierungssystems in Ungarn im Jahr 1848. In: Von den Ständeversammlungen bis zum parlamentarischen Regierungssystem in Ungarn. Studien zur Parlamentarismusgeschichte. Herausgeber: Gábor Máthé, Barna Mezey. Budapest-Graz, 2001. S. 49.

<sup>16</sup> Csizmadia, Andor: A magyar közigazgatás fejlődése a XVIII. századtól a tanácsrendszer létrejöttéig (Entwicklung der ungarischen Verwaltung vom 18. Jahrhundert bis zum Entstehen des Rátesystems), Budapest, 1976. S. 79-81; Zayzon, Sándor: A centralisták és a megyerendszer reformja (Die Zentralisten und die Reform der Komitatsverfassung), Budapest, 1917. S. 6-7; Barta, István: Kossuth Lajos az utolsó rendi országgyűlésen 1847-48. (Lajos Kossuth auf dem letzten Ständetag 1847-48.) Budapest, 1951. S. 601.

öffentlich-rechtlichen Kompetenzen besaß, konnte sie für Kossuth und seinen Kreis nicht maßgebend sein. Die föderative Staatsordnung der USA schloss jeden Vergleich aus und die belgische Verfassung aus dem Jahre 1831 gab auch kein Beispiel für eine die Zentralregierung kontrollierende territoriale Selbstverwaltung ab. Diese geistige und politische Richtung des Vormärz war zuversichtlich, dass die Komitate in zweckdienlicher Weise, unter Wahrung ihres traditionellen nationalen Charakters, umgestaltet werden können. Dass die Komitate nach einer Umformung zu Lokalverwaltungen durch demokratische Selbstverwaltung gegründet auf ein allgemeines Wahlrecht eine Rolle in der Legislatur zu führen geeignet seien, hat Lajos Kossuth selber gemeint. Sonst dachte er nie daran, ob die Komitate der Zeit geeignet für die Versorgung der Teilfunktionen eines modernen Staates ohne gründlicher Reformen wären. Im Streit des Komitatsgesetzes 1848 forderte er als Erster die parlamentarische Umgestaltung der Komitate, aber schon zu dieser Zeit bestand er auf die Erhaltung der früheren Verfassungs- und politischen Rechte. In seinem Verfassungsreformplan hielt er seine Behauptung aufrecht: die Komitatskörperschaft nach dem allgemeinen Wahlrecht würde sich für ihre eigenen Sachen ohne Regierungseinfluss entscheiden, sie selbst würde die offizielle Sprache bestimmen und ihre Beamten wählen. Die Verordnungen der Regierung würde die Körperschaft zur Komitatsversammlung schicken, die eine Stellung für die Verfassungsmäßigkeit und Gesetzlichkeit nehmen würde.<sup>17</sup>

Wenn die Mehrheit Verfassungswidrigkeit der Verordnung oder die Verletzung des Gesetzes finden würde, kann sie die Vollziehung aufheben. Wenn sich das Ministerium schon zweimal trotz des Komitatsprotestes an seinem Standpunkt festhalten würde, sollte es den zentralen Willen erfüllen. Die Komitate könnten sich in diesem Falle für eine Gesetzerklärung an das Parlament, im Falle der Gesetzverletzung für Schadenersatz und Feststellung der Verantwortung an das für diesen Zweck aufgestellte Landesgericht wenden. Er unterstützte die alte Komitatsübung nicht, die die wirksame Regierung unmöglich macht: den zwecklosen Verordnungen gegenüber verurteilte er das Verfahren „vis inertiae“ unmodern.

Ob die Verwaltung zentral oder territorial organisiert werde, war in Ungarn lange ein Zankapfel der heimischen Politik; eine bedeutende Phase dieses Kampfes zwischen Zentralisten und Munizipalisten war die Periode von der Veröffentlichung des Oktoberdiploms bis zur Eröffnung des Reichstages von 1861. Die damalige Tagespresse spielte eine bedeutende Rolle nach Veröffentlichung des Oktoberdiploms in der in der Beeinflussung der politischen Bewegungen in den Komitaten sowie mit der Verbreitung der verschiedenen Vorstellungen über eine mögliche Entfaltung der staatsrechtlichen Normalisation. In erster Linie hat das Tageblatt *Pester Tagebuch* von Anfang an für die Wiederherstellung der Gesetze von 1848 gekämpft und die retrograd-ständisch Einstellung der Konservativen beim ihrem Festhalten an veraltete Institutionen, bei Rettungsversuchen für Traditionen bloßgestellt. Andere Tageblätter (*Pester Kurier*, *Telegram*) hatten die ruhmlose Aufgabe angenommen, die Reformen von 1848 im Gegensatz zu den die bürgerliche heimische Konstitutionalität unterstützenden Presse als im Gegensatz zu den historisch entwickelten ungarischen Institutionen stehend zu brandmarken und statt diesen die Wiederherstellung der Lage von 1847 zu fordern. Zwischen den sich auch mit den Komitaten befassenden Flugblättern sind zu erwähnen eine 1860 übersetzte Textausgabe von Kossuths Verfassungsentwurf aus Kütahya, weiter eine Arbeit über die Geschichte der konstitutionellen

<sup>17</sup> *Sarlós, Béla: A közigazgatás polgári jellegéről. In: Polgári államrendszerek (Über den bürgerlichen Charakter der Verwaltung. In: Bürgerliche Staatsordnungen) Budapest, 1981. S. 276-279; Szabad, György: Kossuth politikai pályája ismert és ismeretlen megnyilatkozásai tükrében (Die politische Laufbahn Kossuths im Spiegel seiner bekannten und unbekannten Äußerungen), Budapest, 1977. S. 123; Sipta, István: Az első polgári kori vármegyetörvény (1848:XVI. tc) [Das erste Komitatsgesetz in der bürgerlichen Periode], Acta Juridica et Politica Tomus XLII, Fasc. 5., Szeged, 1992. S. 29-30.*

Bewegungen der Komitate und über schöne Beispiele des nationalen Widerstandes in der Komitaten.<sup>18</sup>

Abhängig von der Staatsform, nach norwegischem Beispiel stellte er sich die monarchische Verwaltung vor und die presidentiale Regierungsform in den USA als Beispiel genommen, wollte er die republikanische Vollziehung regeln. Dem König mit beschränktem Wirkungskreis steht das Aufteilungsrecht der Gesetzgebung abweichend von den traditionellen Lösungen der Verfassungsmonarchien nicht zu und er würde auch keine Hoheitsrechte üben.

Der Präsident der Republik, ähnlich mit der zeitgenössischen amerikanischen Lösung, hätte direkt durch das Volk gewählt worden. Aus Ehre für unsere historischen Traditionen schlug er im Falle der zweier Staatsformen vor, die Palatinal würde mit Stellvertreterbefugnis zu behalten. Er benötigte das Ministerialsystem, die Aufteilung der Aufgaben und Verantwortung nach dem Ressort aus dem Jahre 1848: die Aufbewahrung des historischen Grundes hielt er sich an die alte Ernennung fest. Er hätte den Justizminister Landesrichter, den Finanzminister Schatzmeister, den Verteidigungsminister Hauptkapitän, den Innenminister Landesobergespan, den Außenminister Kanzler genannt.

Die wichtigsten Ortsstellen der Justizgewalt würden nach dieser Textvariante die gewählten Gerichte auf Selbstverwaltungsebenen. Dem Wirkungskreis und der Verfahrensordnung, der Praxis aus England des Gemeinderechts folgend wurden entworfen. Die Mitglieder der Mittelmäßigen bürgerlichen, Handels- und Straferichte hätten durch die Komitatskörperschaft gewählt worden, in Strafsachen er forderte eine Mitwirkung des Schwurgerichts. Die Richter würden ihre Würde nach diesem Plan nicht vom Staatsoberhaupt, sondern nach einer Wahl gewinnen. Die Rolle des Gerichts höherer Instanz würde Kossuth den Gerichtshöfen und der siebenköpfigen Tafel im Wirkungskreis der Urteils Vernichtung geben. Das Recht der Begnadigung wäre der Regierung zugekommen. Der Plan hatte die Trennung der Körperschaftsverwaltung und der mittelmäßigen Gerichtsbarkeit nicht vor, weil er diese zwei Tätigkeiten dem Selbstverwaltungswirkungskreis der gewählten Körperschaft geben wollte.<sup>19</sup>

\*

Vielleicht kann es auch nach dem schematischen Überblick festgestellt werden, dass die Konzeption aus dem Jahre 1859 eine Vorstellung, die das Niveau der Zeit übertrat, für die Reorganisierung unseres Verfassungssystems war. Das Selbstverwaltungsprinzip und System der Institutionen, der Regelungsplan des Wahlrechtes, das Minderheitsrechte, die Gerichtsbarkeit durch das Schwurgericht, der Anspruch auf die Trennung des Staates und der Kirche, die neuartige Auffassung der Organisation der Gesetzgebung waren solche Gedanken von Kossuth, die dem Weiterdenken eines Teiles von ihnen auch unsere Gegenwart schuldig ist.

<sup>18</sup> Kossuth, Lajos: A magyar nemzet szebb jövője. Fordította és kiadja Kozma Imre. Győr, 1860.; Stipta, István: Vármegek a politikai publicisztikában. (Die Komitate in der politischen Publizistik 1860-1861). Publicationes Universitatis Rerum Politechnicarum Miskolciensis. Series Juridica et Politica. Tom. I. Fasc. 10. S. 237.; Rajkai Frieisz, István: Megyei alkotmányos mozgalmak 1860. október 20-tól 1861. április 2-ig, mint a nemzetgyűlés megnyitása napjáig (Verfassungsrechtliche Bestrebungen vom 20. Oktober 1860 bis zum 2. April 1861, dem Eröffnungstag der Landtags), Pest, 1861. S. 61, 68, 92, 112.

<sup>19</sup> Vámbéry, Rusztem: Die Schwurgerichtsreform in Ungarn. Österreichische Zeitschrift für Strafrecht Jahrg. IV., S. 9-11.; Máthé, Gábor: Biráskodás a közigazgatásban (Jurisdiktion in der Verwaltung). Jogtörténeti Értekezések No. 12 (R.: Kálmán Kovács), Budapest, 1982. S. 75.; Mezey, Barna: Die Strafgewalt und der ungarische Liberalismus. In: *Gewaltentrennung in Europa*. 1993. S. 193-202.; Csizmadia, Andor: Das Geschworenengericht in Ungarn im Zeitabschnitt des Dualismus. Die rechtsgeschichtliche Studien I. (Red.: Andor Csizmadia) Budapest, 1966. S. 131.